Seite 12

...fern:
20
25
28
.30
...chlands:
35
...Filialen

Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Sächs. Staatsbank, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.96 M., zuzüglich 45 Pf. Bringerlohn. Postbezug 1.96 M. zuzügl. Post- u. Zustellungsgeb. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25381. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25381 und 12781. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 30 mm breite Nonpareillezeile 25 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederl. 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 206 | Dresden, Freitag, den 4. September 1931 | 42. Jahrgang

Gewerkschaften und Frieden

Verständigungskundgebung in Mainz

SPD. **Mainz, 3. September.** (Eig. Drahtber.)

Die Mainzer Stadthalle war am Donnerstag abend der Schauplatz einer gewaltigen Kundgebung der Freien Gewerkschaften für den Frieden und für die Verständigung der Völker. Die Kundgebung, die um 7 Uhr begann und unter ungeheuer starker Beteiligung der Arbeiterschaft vor sich ging, wurde eingeleitet durch einige kurze Ansprachen, an denen sich Staatspräsident Dr. Adelung, der Bundesvorsitzende des ADGB., Theodor Leipart, der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Schevenels, und der Bürgermeister der Stadt Mainz, Dr. Krauß, beteiligten. Im Mittelpunkt der Kundgebung stand eine wuchtige Rede, in der Peter Graßmann, der zweite Vorsitzende des ADGB., der tiefen Sehnsucht der deutschen Arbeiter nach Frieden und Verständigung, nach einem Ausweg aus der Not beredten Ausdruck verlieh.

Wir wollen Verständigung mit allen Völkern, rief Graßmann den Tausenden, die an der Kundgebung teilnahmen, zu. Wir wollen Frieden, ganz besonders mit unserem „Erbfeind".

Im Gegensatz zu dem, was aus so manchen Rheinlandfeiern unter großem Wortschwall erzählt wurde, betonen wir mit allem Nachdruck, daß es vor allem

das Verdienst der Gewerkschaften

war, wenn während der Besetzung die Einheit der deutschen Republik gerettet wurde. Wie war es denn? Darf ich einige Erinnerungen auffrischen? Notwendig ist es, denn das Gedächtnis mancher Leute ist furchtbar schwach, wenn es sich um Erinnerungen an Großtaten der Arbeiter handelt.

Längs dem Rhein stand fremdes Militär. Das Rheingebiet war gegen das Reich abgeriegelt. Das Wirtschaftsleben stockte. Der Personen- und Warenverkehr war unterbunden. Jeder Einwohner, der über 12 Jahre alt war, mußte im Besitz eines Passes sein. Die Soldateska und besonders die Offiziere benahmen sich, als ob sie sich mitten im Kriege wären. Gewerkschaften und Sozialdemokratie unternahmen Schritte bei dem General Mangin zur Erleichterung der Lage der Bevölkerung. Es folgten dann auch einige Erleichterungen. Trotzdem: Es war eine schwere Zeit.

Die Gewerkschaften waren der Stütz- und Sammelpunkt aller der deutschen Republik Treugebliebenen. Am 2. Juni 1921 wurde ein Generalstreik allgemein durchgeführt. Es war ein kühner Schlag. Die Betriebe standen still. Die Läden waren geschlossen. Die Straßenbahnen stellten den Verkehr ein. Am 3. Juni erklärten die Gewerkschaftsfunktionäre in einer von Offizieren überwachten Sitzung, niemals würden die freien Gewerkschaften sich dazu zwingen lassen, die Separatisten am Rhein zu dulden. Scharfe Kritik wurde in dieser Versammlung an dem Verhalten der Besatzungstruppen geübt wegen der Duldung und Unterstützung des Separatismus, und der überwachende Offizier drückte beim Verlassen der Versammlung den Arbeitern ausdrücklich seine Achtung aus für ihr mutiges und tapferes Verhalten, für ihre männliche Haltung.

Was war die Folge der Abwehr der Arbeiter? Die deutsche Verwaltung konnte zunächst wenigstens ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Trotzdem bestand natürlich der Druck der Besatzungsbehörden weiter. Die Polizei arbeitete mit Spitzeln, vor allem gegen die Gewerkschaftsführer. Noch schlimmer wurde die Lage beim Einmarsch der Besatzungstruppen ins Ruhrgebiet. Die Gefängnisse füllten sich, aber die dadurch entstehenden Lücken in der Front des Widerstandes wurden sofort ausgefüllt. Die Lage war reif zur Explosion. Im Augenblick der Hochspannung entrissen Hunderte von Arbeitern nur unvollkommen bewaffnet den schwerbewaffneten Separatisten die von ihnen besetzten Gebäude. Sie zogen die grünweiße Separatistenfahne ein und installierten die deutschen Behörden wieder in ihre Funktionen. Die Arbeiter des ganzen besetzten Gebietes haben ihr Leben und ihre Existenz eingesetzt für die Unabhängigkeit des Reichsgebiets. Sie haben nicht nach Dank gefragt und keine klingende Entschädigung erwartet — im Gegensatz zu anderen Erwerbsschichten.

Ohne den zähen Kampf der Gewerkschaften, ohne die moralische und materielle Hilfe der Gewerkschaften im übrigen Reich, ohne die Nutzbarmachung ihrer nationalen und internationalen Beziehungen wäre nie ein Umschwung am Rhein eingetreten, wäre die vorzeitige Räumung der zweiten und dritten Zone nicht erreicht worden. Das muß einmal festgestellt werden gegenüber denjenigen, die mit ihrer Vaterlandsliebe prahlen, die aber in den schlimmen Jahren sich entweder im Hintergrund hielten oder gar mit dem Separatismus liebäugelten.

Diese Erinnerungen haben nichts gemein mit Nationalismus, aber sie bekräftigen, was stets die Auffassung der Gewerkschaften war:

Voraussetzung wirklicher internationaler Verbundenheit und internationaler Solidarität ist die Freiheit und politische Unabhängigkeit jedes Volkes.

Nur der denkt und handelt — so hat es Jean Jaurès ausgedrückt — wirklich international, der zu seinem Wort steht. Je mehr er dies tut, um so mehr wird er vermeiden, einem Volk anzutun, was für das eigene abzuwehren er für unabweisbare Pflicht halten muß.

Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre, die Nöte der jüngsten Zeit, sie sind die stärkste Rechtfertigung für unsere Idee: Wir wollen Brücken schlagen zu allen Völkern, wir wollen vor allem die Verständigung mit Frankreich. Wir fordern die Abrüstung auf der ganzen Linie und engste wirtschaftliche Beziehungen, die in eine Befriedung Europas und damit in einen Frieden der Welt ausmünden. Die internationale Familie der Arbeit ist durch den Weltkrieg auseinandergerissen worden. Bekenner derselben politischen und wirtschaftlichen Ideen standen sich mit der Waffe in der Hand gegenüber. Das soll niemals mehr sich wiederholen.

Es lebe der Frieden, der Frieden am Rhein, der Frieden mit Frankreich, der Frieden der Welt!

Ein Beifallsorkan trug Graßmanns Friedensgrüße aus dem großen Saal hinaus in das Land am Rhein.

Nur noch Parteibuchbeamte!

So wollen es die Nazis

Der Unterbezirksleiter der Nazipartei in Zwickau hat an die Ortsgruppenleiter des Unterbezirks das folgende Rundschreiben verschickt:

Sehr wichtig!

Zwickau, den 7. August 1931
Hauptmarkt 5. Ruf 6302.

An alle Ortsgruppenleiter des Unterbezirks Zwickau.

Werter Parteigenosse!

Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich hauptsächlich in den letzten Wochen dermaßen zugespitzt, daß binnen kurzem mit dem Sturz des heutigen Systems gerechnet werden muß.

Es muß nun unsere Hauptaufgabe sein, im Falle der Uebernahme der Regierungsgewalt durch unsere Bewegung alle Behörden sofort mit vertrauenswürdigen Beamten zu besetzen und alle Gegner sowie unfähige Leute an die frische Luft zu befördern. Aus diesem Grunde ist schon jetzt festzustellen, wie die Beamten in den einzelnen Behörden (Gemeindeverwaltungen, Gendarmerie, Schulen, Amtsgerichte usw.) politisch eingestellt sind, bzw. wie sie sich zum Nationalsozialismus verhalten. Bei der Aufstellung ist gleichzeitig zu berücksichtigen, daß Beamte, die wohl nicht unserer Bewegung angehören, sonst aber auch keine Gegner und vor allen Dingen tüchtig in ihrem Beruf sind, besonders zu kennzeichnen sind.

Da es uns nicht möglich ist, die Aufstellung von hier aus zu machen, wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns hierin tatkräftig zu unterstützen und uns möglichst umgehend eine genaue Liste der zuständigen Behörden ihres gesamten Arbeitsgebietes zuzustellen. Die Listen müssen folgendes enthalten: 1. Vor- und Zuname der Beamten und Angestellten. 2. Dienstgrad. 3. Eignung als Beamter. 4. Spezialfach. 5. Politische Zugehörigkeit. 6. Falls unpolitisch, wie ist die Stellung zur NSDAP.? 7. Waren irgendwelche Vergehen gegen die NSDAP. zu verzeichnen?

In der angenehmen Hoffnung, bald im Besitze der Listen zu sein (Ortsgruppen haben Sie bestimmt innerhalb acht Tagen einzureichen), zeichnet mit Hitler-Heil

Schönherr, Unterbezirksleiter.

NB. Vorstehendes Schreiben ist mit den Listen wieder zurückzugeben.

Wer schreit am lautesten über die „Parteibuchbeamten"? Die Nationalsozialisten! Wer will selber nun Parteibuchbeamte? Die Nationalsozialisten! Wer kann lange warten, bis der Tag zur Durchführung dieser sauberen Pläne kommt? Ebenfalls die Nationalsozialisten!

Sie versuchen zwar krampfhaft, bei jeder Gelegenheit die Illusion zu erwecken, als kämen sie bald an die Macht, aber das alles ist nur Spekulation auf die Dummen!

Beamte und Volksentscheid. Der preußische Innenminister hat die Leiter einer Anzahl Polizeischulen versetzt, weil sich herausgestellt hat, daß an ihren Schulen ein erheblicher Teil der Polizeioffiziere sich am Volksentscheid gegen die preußische Regierung beteiligt hatte. Aus dem gleichen Grunde wird die preußische Regierung gegen drei Landräte vorgehen.

Eine Diktatur weniger

Jugoslawiens neue Verfassung

Von Hermann Wendel

Ein weithin hörbarer Paukenschlag: in der Nacht vom 2. zum 3. September hat König Alexander sich der unumschränkten Gewalt begeben, die er in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar 1929 an sich gerissen hatte, und hat die Verfassungsmäßigkeit wiederhergestellt. Seit gestern zählt Europa eine Diktatur weniger, einen Verfassungsstaat mehr.

Ein Aufruf: „An mein teures Volk!", an allen Mauern Belgrads klebend, tut dar, die Diktatur werde abgebaut, weil ihre bisherigen Ergebnisse den Uebergang zu einer endgültigen Organisation des staatlichen Lebens gestatteten; der Monarch greift also ganz aus freien Stücken „auf die unmittelbare Mitarbeit des Volkes" zurück. Die Verfassung — der Herr hat sie genommen, der Herr hat sie gegeben, der Name des Herrn sei gelobt! Aber wer lächelt da nicht! Mögen dem König immerhin Bedenken über Bedenken aufgestiegen sein, ob er mit dem Regime des unkontrollierten und unkontrollierbaren Absolutismus auch im dynastischen Interesse auf dem rechten Wege sei, so hat doch sicher mehr oder weniger sanfter Druck ihn zu dem Schritt bewogen, den Diktatoren selten oder nie freiwillig tun.

Dieser Druck kam wohl kaum aus dem Inneren des Landes, denn obwohl die Diktatur bei Serben, Kroaten und Slowenen außer der dünnen Schicht ihrer Ausüber und Nutznießer nicht einen Anhänger zählte, durften sich die Machthaber bei der Willenslähmung der breiten Massen sicher fühlen, solange die Armee, d. h. das Offizierskorps, hinter ihnen stand. Auch war die Bombenlegertätigkeit der mit dem reaktionären Abhub von ganz Europa versippten kroatischen Emigration nicht danach angetan, auf die Diktatoren im Sinne einer Aufhebung der Diktatur einzuwirken. Aber daß in der Tschechoslowakei, die innerhalb der Kleinen Entente Jugoslawien am nächsten stand, gerade die maßgebenden Staatsmänner Masaryk und Benesch das absolute Regime in Belgrad mit steigendem Mißfallen betrachteten, war kein Geheimnis, und es fehlte auch nicht an Bestrebungen, der französischen Regierung begreiflich zu machen, daß die Diktatur nicht geeignet sei, den militärischen Wert des jugoslawischen Bundesgenossen zu steigern. Vielleicht hat Paris deshalb in Belgrad den Wink gegeben, den es schon längst hätte geben sollen.

Vor allem aber hat zweifellos das Anleihebedürfnis eines Staates, der unter einer Wirtschaftskrise in dreifacher Ausfertigung, der allgemeinen, der südosteuropäischen und der besonderen jugoslawischen, schwer leidet, zur inneren Einkehr der Machthaber beigetragen, denn das Kapital schlägt um Länder, in denen nur die Bajonette den ruhigen Ablauf der Geschäfte zu verbürgen scheinen, einen ängstlichen Bogen.

Die Geschichte wird einmal von den Ereignissen der Jahre 1929 und 1931 in Jugoslawien sagen, daß Verfassungen, die von einem Herrscher nach Belieben mit einem Federstrich gegeben und genommen werden können, nicht eben hoch im Kurs stehen; auch für den Südosten unseres Erdteils gilt Uhlands Wort:

Noch ist kein Fürst so hoch gefürstet,
So auserwählt kein ird'scher Mann,
Daß, wenn die Welt nach Freiheit dürstet,
Er sie mit Freiheit tränken kann,

und in Belgrad saß schon einmal ein Alexander, der für sein Volk und Land das Licht der Verfassungsmäßigkeit nach Belieben abdrehte und anknipste; er gehörte der Dynastie Obrenowitsch an, und wie er endete, ist bekannt. Auch ist unter dem neuen Stand der Dinge die Souveränität des Volkes wesentlich eingeschränkter als vor dem Staatsstreich; das Zweikammersystem und die Ernennung der Hälfte des

---

Die Schrecken des Luftkrieges

Abwehr gegen Luftangriffe nutzlos

E. **Rom**, 3. September. (Eig. Drahtb.)

Die großen Luftmanöver, die jetzt in Italien mit außerordentlicher Entfaltung technischer Mittel modernster Art und unter Aufgebot von etwa 900 Flugzeugen abgehalten werden, scheinen folgendes Resultat zu ergeben: Große Städte, Eisenbahnverbindungen, Festungen, Anlagen aller Art sind gegen Fliegerangriffe so gut wie wehrlos. Die Seefestung Spezia z. B. wurde durch überraschenden Angriff „völlig zerstört" (im Manöversinne). Die Flugabwehr versagte fast völlig. Ueber Ancona konnten in sieben Minuten 800 Bomben abgeworfen werden. Auch diese Stadt wäre im Ernstfalle bald zerstört. Die Giftgase, die in Bomben abgelassen wurden, hätten bereits das ganze Land vergiftet. Selbst dort, wo die Luftabwehr besser arbeiten konnte als in Spezia, hätte sie dem Gegner höchstens mehr Verluste zugefügt, **nicht aber die völlige Verwüstung der Städte und Gegenden, den Tod von Millionen Menschen verhindert. Das sind Resultate, die selbst den Kriegsbegeisterten zu denken geben müßten.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19310904/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG